

Zeitung der Fraktion der offenen Liste der Linkspartei. PDS im Rat der Stadt Wuppertal

Streit um die Gelbe Tonne

S. 2

Der Rat und die Demokratie

S. 2

Jugendhilfeausschuss

S. 3

PVC wieder umweltfreundlich?

S. 4

Ein vergessener Maler aus dem Wuppertal

S. 4

Liebe Leserin, lieber Leser,

*kurz vor Erscheinen dieser neuen Ausgabe unserer Zeitung, am 14. November 2006, veranstaltete unsere Ratsfraktion zusammen mit den Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und der WfW eine Pressekonferenz, auf der die Lage der kleinen Ratsfraktionen ein Jahr nach Installation der Großen Koalition im Rat aus CDU und FDP dargestellt werden sollte. Die drei Fraktionen stellten übereinstimmend fest, dass die Diskussionskultur im Rat seitdem nahezu zum Erliegen gekommen sei. Anträge der kleinen Fraktionen werden vielfach gar nicht erst befasst; in der letzten Ratssitzung vom 13. November wurde unserer Ratsfraktion sogar die Möglichkeit genommen, gegen die Nichtbefassung eines Antrags unserer Fraktion zu sprechen. Ein weiteres Thema war, dass vielfach die Fachausschüsse übergangen werden. Als besonders krasses Beispiel diente hier die Abschaffung der Baumschutzsatzung, die ohne Wenn und Aber durchgezogen wurde. Der zuständige Ausschuss wurde gar nicht erst mit einbezogen. Wenn man mit einbezieht, dass man sich jetzt von der Verpflichtung „befreit“ hat, beim Bauen keine PVC-Fenster zu verwenden (siehe S. 3), dann muss man wohl davon ausgehen, dass die Große Koalition angefangen hat, sich von allen Umweltschutzvorschriften,*

## Wer braucht ein Gewerbegebiet auf der Kleinen Höhe?

### Stadt plant „New Area“ auf Ackerland

Am Nordrand von Wuppertal an der Stadtgrenze zu Neviges befindet sich eine leicht wellige Kulturlandschaft, ein Grüngürtel zwischen den Bauungen beider Städte. In der Nähe der Weggabelung des Schanzenweges möchte die Stadt 22,6 ha für ein Gewerbegebiet erschließen. Das ist Ackerland, auf dem, je nach Fruchtfolge, Mais, Weizen, Kartoffeln oder Raps angesät, gepflegt und geerntet werden.

### Wie wirkt sich die Bebauung auf die Ökologie aus?

*die frühere Stadtregierungen sich selbst auferlegt haben, zu trennen. Das alles nur wenige Stunden, nachdem bei der Verleihung des städtischen Ehrenrings an Eberhard Robke auf die Anwesenheit von dessen Enkeltochter hingewiesen wurde. Dass die PVC-Fenster etwas mit Umweltpolitik zu tun haben und Umweltpolitik mit uns nachfolgenden Generationen, das will man offenbar nicht wahrhaben. Interessant ist, dass die WZ sich den Standpunkt der Großen Koalition zu eigen macht und findet, dass es „nervt“, wenn man eine nötige Sachdebatte, etwa über den Einbau von PVC-Fenstern in städtischen Gebäuden, in Gang bringen will. Elisabeth August Elke von der Beeck Gerd-Peter Zielezinski*

Das Kleinklima im Bereich Katernberg/Neviges wird massiv gestört, vor allem weil die Baumaßnahmen einen empfindlichen Eingriff in den Wasserhaushalt bedeuten. Der Bergisch-Rheinische Wasserverband hat festgestellt, dass durch das Gewerbegebiet eine nicht hinnehmbare Verschlechterung der Grundwasserneubildungsrate und der Wasserqualität zu erwarten ist. Die Fläche bedeutet Ausgleichsfunktion für die heute schon vorhandenen Umweltbelastungen auf die AnwohnerInnen und die Bebauung ein harter Eingriff in die offene Landschaft. Auch das von der Stadt prognostizierte stark erhöhte Verkehrsaufkommen, sollten sich tatsächlich Firmen dort ansiedeln, wird die Umwelt und die AnwohnerInnen stark belasten. 13 Mio Euro stehen für die Erschließung bereit: für die verkehrliche Erschließung und die Entwässerung. Von den 22,6 ha wird ein Großteil der bisher landwirtschaftlich genutzten Fläche versiegelt.

### Ein rechtssicherer Bebauungsplan der Kleinen Höhe ist noch in Arbeit

Die Verwaltung setzt sich zur Zeit mit den Anregungen zur 1. Offenlegung auseinander. Sie muss die umweltbezogenen Untersuchungen aktualisieren, insbesondere ist eine neue Entwässerungsstudie notwendig, deren Aufgabenstellung mit dem Bergisch-Rheinischen Wasserverband abzustimmen ist. Diese Studie ist auch für den Umweltbericht und die Umweltprüfung unverzichtbar. Landwirtschaftlich genutzte Flächen oder Wald sollen nur im notwendigen Umfang baulich genutzt werden, ihre Inanspruchnahme ist detailliert zu begründen. So verlangen es die Boden schützenden Bestimmungen des neuen Baugesetzbuches. Die Stadt kann sich darüber nur dann hinwegsetzen, wenn sie detailliert nachweisen

kann, dass die vorgesehenen Betriebsarten nicht auf den verfügbaren Brachen untergebracht werden können. Dabei sind auch Branchen zu berücksichtigen, die (noch) nicht als gewerbliche

men „New Area“ an und möchte, dass sich technologorientierte Dienstleister, Unternehmen mit Schwerpunkt Forschung und Entwicklung und Produzenten



Baufläche im Flächennutzungsplan dargestellt sind, z. B. die ehemalige GOH-Kaserne.

### Wofür soll die Landschaft auf der Kleinen Höhe zerstört werden?

Es gibt in Wuppertal 120 ha gewerbliche Bauflächen, die sofort oder kurzfristig von gewerblichen Betrieben genutzt werden können, davon macht die Kleine Höhe 19 % aus. 60 ha sind sofort und weitere 38 ha kurzfristig verfügbar. Auch in der Region finden sich ausreichend gewerbliche Ansiedlungsflächen. In Wuppertal, Solingen, Remscheid, Haan, Mettmann, Wülfrath und Velbert sind mindestens 388 ha Gewerbeflächen frei, davon stehen 207 ha sofort bereit. Der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz spricht gar von Neubrachen und meint gewerbliche Ansiedlungsflächen, die langfristig nicht gebraucht werden, sondern nur Böden, Natur und Landschaft zerstören. Die Stadtverwaltung hofft, 1.000 neue hochwertige Arbeitsplätze nach Wuppertal zu bekommen. Sie bietet die Fläche unter dem Na-

von Hochtechnologieprodukten dort ansiedeln werden. Ausdrücklich gewünscht sind Firmen der Branche Gesundheitspflege (health care). Doch schon seit einiger Zeit versucht die Bayer AG bisher erfolglos, Teile ihres Geländes an der Wupper und am Aprather Weg an Investoren aus dem Pharmabereich zu vermarkten. Dieses Gelände ist bereits erschlossen, auf ihm wird ein 24-Std.-Betrieb gefahren, und Interessenten könnten sicher Dienstleistungen von Bayer einkaufen.

### Wir lehnen die Bebauung der Kleinen Höhe deshalb aus ökologischen und ökonomischen Gründen ab!

## Geld stinkt nicht ...

... auch nicht aus der Gelben Tonne

In den letzten Monaten häufen sich die Probleme der Wuppertaler mit der Firma Remondis, die seit dem Jahr 2005 die Abfuhr der Gelben Tonnen in unserer Stadt durchführt. Bis Ende 2004 war dies Aufgabe der eigens zu diesem Zweck gegründeten Abfallwirtschaftsgesellschaft (AWG), einer Stadtwerke-Tochter. Gegründet werden musste die AWG, um sich

an Ausschreibungen beteiligen zu können.

Bundesweit für die Gelben Tonnen zuständig ist die Firma Duales System Deutschland GmbH (DSD), deren Aufgabe es ist, mit dem Grünen Punkt gekennzeichnete Verpackungen einzusammeln und, wo möglich, einer Wiederverwertung zuzuführen. DSD befindet sich zur Zeit im Besitz der Deutschen Umwelt Investment AG, einer Tochter des US-amerikanischen Investors Kohlberg Kravis Roberts & Co.

DSD erledigt die genannten Arbeiten nicht selbst, sondern beauftragt im Rahmen von Ausschreibungen lokale Anbieter. In Wuppertal war das zunächst die kommunale AWG und seit Januar 2005 die private Remondis, eine Tochter der Fa. Rethmann.

Seit Beginn der Abfuhr durch Remondis häufen sich die Klagen der Bürger über die laut Selbstdarstellung „weltweit operierende“ Firma, besonders in den letzten Monaten. Wo die AWG früher schon mal ein Auge zudrückte, wenn die Tonne nicht korrekt befüllt war, haben die Remondis-Mitarbeiter offensichtlich Anweisung erhalten, das Gefäß stehen zu lassen. Jeder Mülleimer, den Remondis nicht entleert, erhöht den Gewinn der Firma, denn anders, als uns suggeriert wird, können die Recycling-Unternehmen mit den meisten Abfällen, auch den vorsortierten, nichts anfangen. Kaum mehr als ein Prozent der Abfälle wird verwertet, hauptsächlich Metall, das ja auch gut aussortiert werden kann. Deswegen vielleicht sind auch die bis vor kurzem noch vereinzelt zu sehen gewesenen Metallcontainer aus dem Stadtbild verschwun-

## Schutz vor dem Markt

**Die Privatisierung von Unternehmen und Dienstleistungen, die der öffentlichen Daseinsvorsorge dienen, schreitet in Deutschland munter voran. Langfristig ist das ohnehin eine verfehlte Politik, manchmal aber ist das auch schon nach kurzer Zeit sichtbar.**

Zum Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören die Bildung, Abfallentsorgung, Wohnungen, der Öffentliche Personenverkehr, Kultur und Museen, Alten-

heime, Krankenhäuser usw., also auch die Entsorgung des privaten Hausmülls. Diese gehört nach allen üblichen Definitionen zu den staatlichen Aufgaben, deren Ziel nicht in erster Linie in der Erwirtschaftung von Gewinnen besteht. Darunter fallen der ÖPNV, die Versorgung mit Gas, Wasser und Strom und im weiteren Sinne eben auch die Entsorgung von Schmutzwasser und Hausmüll. Dies war spätestens seit 1945 Konsens in der Politik. In den letzten zwei Jahrzehnten sind die bürgerlichen Parteien bis hin zu den Grünen dazu übergegangen, ihr und des Gemeinwesens Heil in der Privatisierung solcher öffentlichen Dienstleistungen zu suchen. Damit gelöst werden sollten und sollen Probleme wie immer knapper werdende kommunale Haushalte,



Überall Müll, auch hinter dem Rathaus

den, deren Inhalt wohlthätigen Zwecken zugute gekommen ist. Diesen Verdienst wollte Remondis sich nicht entgehen lassen.

Der größte Teil des Gelben Tonne-Mülls landet letztendlich doch - für Remondis gebührenpflichtig - bei der Müllverbrennung. Falsch befüllte Tonnen bieten da der Firma einen guten Vorwand, die Gefäße einfach stehen zu lassen und über den Verkauf gelber Säcke doppelt zu kassieren, denn für die Abfuhr hat man als Verbraucher der verpackten Waren beim Einkauf ja schon einmal bezahlt. Remondis geht es ums Abkassieren. Auch wenn es aus ökologischen Gründen ziemlich sinnlos sein mag, sollte man sich aus finanziellen Gründen nach Möglichkeit um die richtige Befüllung der Gelben Tonne bemühen.

behauptete Ineffizienz der fraglichen Dienstleistungen usw.

Als Ursache für diese Annahme muss man wohl einen anscheinend tiefverwurzelten Glauben vermuten, nämlich den Glauben an die Selbstregulierungskräfte des sog. freien Marktes sowie daran, dass Private alles besser können. Wie jeder Glaube ist auch dieser resistent gegen Erfahrung. Unzweifelhaft fest steht dabei nur eines: Private Unternehmer wollen möglichst große Gewinne erwirtschaften. Das ist ihr erster Zweck, und dem ordnet sich alles übrige unter. Das ist weder gut noch schlecht, es ist einfach so, und weil es so ist, hatten die Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge lange Zeit eine Sonderstellung, die sie vor dem Zugriff der Privatwirtschaft schützte.

## Demokratie in großen Zeiten

oder besser gesagt in Zeiten der „großen Koalition“. Wie sie in Wuppertal funktioniert, hat die letzte Ratssitzung wieder einmal gezeigt. Aber der Reihe nach. Im Lexikon liest man: **„Demokratie** [grch. »Herrschaft des Volkes«] die, Volksherrschaft, eine Form des politischen Lebens, die von der Gleichheit und Freiheit aller Bürger ausgeht und die Willensbildung der Gemeinschaft oder des Staates vom Willen des gesamten Volkes ableitet (A. Lincoln: »Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk«); der Begriff Demokratie wird von sehr unterschiedlichen politischen Richtungen in Anspruch genommen. Das Volk als eigentlicher Träger der Staatsgewalt (Volkssouveränität) ist berufen, seinen Willen in Mehrheitsentscheidungen kundzutun, entweder unmittelbar (**unmittelbare** oder **direkte D.**, z. B. auf der Landsgemeinde in einigen schweizerischen Kantonen) oder durch die Wahl von Abgeordneten zur Volksvertretung (**mittelbare** oder **repräsentative D.**); die Letztere ist heute die gebräuchlichste Art.“ Das sagt also das Lexikon. Und wir leben nicht in der Schweiz, haben also eine repräsentative parlamentarische Demokratie.

Ob in Berlin oder in Wuppertal, überall große Koalitionen. Wie sie in Berlin funktioniert, merken wir alle. Die Agenda 2010 der SPD wird einfach weitergeführt: Rente mit 67, Steuersenkungen für Unternehmen, Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19% und, und, und. Und wenn Herr Rüttgers von der CDU eine der ärgsten Änderungen bei der Zahlung des Arbeitslosengeldes wieder rückgängig machen will, wird er von der SPD angegriffen. Wenn die beiden selbsternannten „Volksparteien“ sich einig sind, haben die anderen Parteien nichts zu melden. Sie werden einfach überstimmt. Solange der Wähler davon ausgehen kann, dass wenigstens sachliche Argumente diskutiert werden, kann er/sie ja damit leben. Aber darauf ist eben kein Verlass.

Wie funktioniert diese Demokratie nun in Wuppertal?

Nur zur Erinnerung: Hier haben bei der letzten Kommunalwahl 49,1% der Wahlberechtigten gewählt. Die CDU erhielt 37,8 % und die SPD 28,3 % der abgegebenen Stimmen. Zusammen sind das, die Nichtwähler mit eingerechnet, 32,5 % der möglichen Stimmen. Dass damit die Mehrheit der Wähler vertreten wird, darf bezweifelt werden.

Aber in einer Demokratie haben ja auch die Minderheiten eine Chance. Es gibt auch im Wuppertaler Rat einige andere gewählte Fraktionen. Diese versuchen, durch Anträge die Interessen ihrer Wähler zu vertreten. Und gehen dann davon aus, dass zumindest sachlich über die Anträge diskutiert wird. Im Normalfall geschieht das auch. Allerdings muss man in der Diskussion dann auch Farbe bekennen und sagen, wie man zu dem Antrag steht. Wenn die große Koalition das aber gerade nicht will, gibt es eine gute Möglichkeit, dieser Diskussion auszuweichen. Die Anträge der anderen gewählten Ratsmitglieder werden bei Bedarf „nicht befasst“, wie es in schönstem Amtdeutsch heißt. Für Menschen, die nicht im Rat sitzen: Man hört einfach keine sachlichen Argumente zum Thema an, sondern beschließt mit Mehrheit „Nichtbefassung“. Und da sich CDU und SPD einig sind, haben sie immer die Stimmenmehrheit.

Was passierte nun auf der letzten Ratssitzung am 13.11.06 in Wuppertal?

Unter anderem wurde das Regionale Einzelhandelskonzept einstimmig angenommen. CDU und SPD hatten einen gemeinsamen Zusatzantrag. Darin heißt es, die „kommunale Planungshoheit“ bleibe von dem Konzept unberührt. Es stelle lediglich das „vorgeschriebene regionale Beteiligungsverfahren bei großflächigem Einzelhandel dar“. Der Witz an diesem Antrag ist, dass er völlig überflüssig ist. Er bestätigt nichts anderes, als in dem Konzept ohnehin schon steht. Wozu dieser Antrag dann also notwendig war und diskutiert werden musste, bleibt Geheimnis der CDU/SPD-Fraktion(en). Dafür wurde der Antrag der Linkspartei.PDS „nicht befasst“. Das bedeutet, es konnte über diesen Antrag

**Öffnungszeiten der  
Geschäftsstelle der Fraktion im  
Rathaus Barmen,  
Johannes-Rau-Platz 1,  
2. Etage, Zi. 242  
Montag - Donnerstag 10-17 Uhr  
Freitag 10-14 Uhr**

inhaltslich gar nicht diskutiert werden. Die Linkspartei.PDS hatte beantragt, den 1-Euro-Jobbern, die bei der Stadt arbeiten, den gewährten Urlaub zu bezahlen. Schließlich arbeiten sie ja, wenn auch unterhalb aller denkbaren Tarifen und Mindestlöhne. Den Urlaub zu bezahlen, verursacht keine zusätzlichen Ausgaben, denn die ARGE überweist jeden Monat 500 € pro Ein-Euro-Arbeiter an die Stadt. Aber wenn der Rat sich mit diesem Antrag befassen würde, müsste auch die SPD ihren Standpunkt darlegen. Die SPD kann doch eigentlich nicht wirklich wollen, ausgerechnet Ein-Euro-Arbeitern diese Zulage nicht zu zahlen. Aber die SPD will den Antrag ja wegen der „großen Koalition“ ablehnen. Daher lieber „Nichtbefassung“ und die SPD wahrt ihr Gesicht. So funktioniert Demokratie in „Großen Koalitionen“.

„Man gibt die Stimme ab, bei der Wahl. Damit entledigt man sich ihrer auch sehr gründlich.“

## „Das ist der reinste Populismus, Herr Krüger!“

**CDU im Jugendhilfeausschuss prügelt auf den Vertreter der Linkspartei ein**

**Wir sprachen mit Dr. Dirk Krüger, der unsere Fraktion im Jugendhilfeausschuss vertritt.**

Frage: Was war geschehen?

Dr. Krüger: *Auf der Sitzung des Jugendhilfeausschuss' am 7. November wurde unter der Drucks. Nr. VO/1075/06 zusätzlich zur vorgeschlagenen Tagesordnung ein „Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD“ eingebracht. Sein etwas barock anmutender Titel: „Kindeswohlgefährdung - Kommunale Handlungsmöglichkeiten“. Ich habe in der Diskussion gesagt, dass ich, dass wir von der Linkspartei es schon als etwas verwunderlich und heuchlerisch empfinden, wenn sich die CDU zu Anwälten der Kinder und Jugendlichen aufspielt.*

War das alles?

*Nein. Ich habe dann zur Bekräftigung fast wörtlich den Bundesvorsitzenden der Deutschen Kinderhilfe, Georg Ehrmann, zitiert. Er hatte mit Blick auf die erregte Diskussion um zahlreiche Kindesmiss-*

*handlungen und Kindesstörungen gesagt, dass die Situation in NRW besonders schlimm sei, weil in diesem Bundesland die Jugendhilfe dramatisch abgesenkt und Beratungsgespräche zusammengestrichen worden seien. Und Ehrmann nannte Zahlen, die wir alle kennen: Der Landesjugendplan wird entgegen allen Versprechungen, die Rüttgers vor der Wahl gemacht hatte, von der schwarz-gelben Landesregierung um 21 Millionen Euro gekürzt. Ich hab dann nur noch hinzugefügt, dass wir das auch so sehen, dass die voraussichtlichen Konsequenzen solch unverantwortlichen Handelns uns allen bekannt seien und dass die Volksinitiative auch darauf hingewiesen habe: Statt auf Prävention zu setzen, setze die Landesregierung offensichtlich darauf, in Zukunft immer mehr Kinder und Jugendliche in die Perspektivlosigkeit zu entlassen und statt Jugendzentren mehr und mehr Jugendknäste zu bauen.*

Was passierte dann?

*Da kam es zu den Ausfällen „Das ist reiner Populismus!“, usw.*

War das alles, was du zu diesem Punkt gesagt hast?

*Nein. Ich hab dann noch gesagt, dass mein Eindruck ist, dass die etablierten Parteien - wie schon bei PISA - auf die Kindesmisshandlungen und Kindesstörungen unüberlegt und hektisch reagieren. Dutzende von Vorschlägen und Rezepten würden in die Diskussion gebracht, manchmal ohne Sinn und Verstand und ohne die wahren Ursachen zu benennen, zu berücksichtigen und an deren Überwindung zu arbeiten.*

Was konkret hast du angesprochen?

*Drei Vorschläge, die in Wuppertal gemacht wurden.*

Welche waren das?

*Erstens: Das sogenannte „Hebammenbetreuungsmodell“. Das wurde von Finnland abgekauft. Ich habe nur darauf hingewiesen, dass es in Deutschland offensichtlich so ist, dass die Mehrheit der Frauen in Krankenhäusern entbunden wird, also ohne Hebammen. Was soll mit diesen Frauen und deren Kindern geschehen? Darauf gab es keine Antwort.*

*Zweitens: Modell „Unangemeldete Kontrollbesuche - Rund um die Uhr“. Ich habe nur gefragt, wie das gehen soll angesichts der Tatsache, dass ohne richterliche*

*Anordnung eine Wohnung nicht betreten werden darf? Und: Wer soll diese Kontrollbesuche machen? Welches Personal steht dafür zur Verfügung? Auch darauf gab es keine Antworten.*

*Drittens: Modell „Rufbereitschaft“. Ich habe darauf hingewiesen, dass die Kinder, um die es geht, nämlich die Null- bis Drei-jährigen, gar nicht in der Lage sind, sich telefonisch bei Miss-handlungen zu melden. Für ältere Kinder gibt es bereits solche Nottelefonnummer. Die hängen in den Schul-klassen bereits am Schwarzen Brett. Auch darauf gab es keine Antwort.*

Wie endete die Diskussion?

*Ich habe erneut darauf hingewiesen, dass Kindesmiss-handlungen und Kindesstörungen auf ihre Ursachen hin zu untersuchen und zu verstehen seien. Nicht die Symptome seien langfristig zu bekämpfen, sondern die Ursachen. Denn es habe sich ja gezeigt, dass solch widerliche Verbrechen fast ausschließlich im Zusammenhang stehen mit Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und daraus resultierendem Alkoholismus, Drogenabhängigkeit und Brutalität.*

Hast du denn dafür plädiert, den Antrag nicht zu verabschieden?

*Mal abgesehen davon, dass die beiden Antragsteller sich darum nicht gekümmert hätten: Nein. Natürlich nicht! Ich wollte mit meinem Beitrag nur aufzeigen, dass solche Anträge, von der CDU gestellt, unglaubwürdig sind. Und ich wollte zeigen, dass viele der vorgeschlagenen Maßnahmen gar nicht auf ihre Wirksamkeit und Machbarkeit hin überprüft wurden. Mein Hauptvorwurf ist allerdings der, dass die Vorschläge, weder die von der SPD noch die von den freien Trägern, nicht die Wurzeln von Kindesmisshandlungen und Kindesstörungen berühren. Hier müssten auch sie anpacken. Und wie man sieht, spielt das Thema in den Medien schon keine Rolle mehr ... solange bis das nächste Kind verhungert oder an seinen Verletzungen, die ihm die eigenen Eltern zugefügt haben, stirbt.*

# Fähnchen im Wind

**Die Ratsmehrheit hat am 13.11.2006 beschlossen, dass bei städtischen Bauvorhaben wieder PVC-Fenster eingebaut werden dürfen. Verwunderlich ist dabei vor allem, dass die SPD zusammen mit dem damaligen Partner, den Grünen, im Jahr 1994 erst die Vorschrift geschaffen hat, die sie jetzt mit der CDU wieder aufhob. Gerd-Peter Zielezinski erklärte in seiner Rede im Rat, worum es geht:**

Angesichts des nicht mehr zu leugnenden vom Menschen gemachten Klimawandels ist der vorrangige Einsatz von PVC oder Aluminium statt heimischer Holzarten das falsche Signal. Im Gegensatz zu Holz sind dies keine erneuerbaren Rohstoffe. Zur Herstellung beider Stoffe werden große Mengen an Energie benötigt. So entfällt z. B. 25 % des Stromverbrauchs der deutschen Chemieindustrie auf die sogenannten Chlor-Alkali-Elektrolyse-Anlagen. 30 Prozent der Chlorproduktion wandern in die Herstellung des Chlor-Kunststoffes PVC (Polyvinylchlorid). Holz hingegen ist ein Produkt der Photosynthese, bei der bekanntlich CO<sub>2</sub> verbraucht wird. PVC ist ein Umweltgift: Denn von der Produktion bis zur

Dem produzierten Roh-PVC muss eine Vielzahl von teilweise umwelt- und gesundheitsschädlichen Zusatzstoffen wie Schwermetall-Stabilisatoren beigemischt werden, da reines PVC unbrauchbar und anderen Kunststoffen weit unterlegen ist. Dass PVC als Kunststoff überhaupt entwickelt wurde, hängt eng mit dem Problem der chemischen Industrie zusammen, als Nebenprodukt anfallendes Chlor gewinnbringend zu entsorgen. Heute ist PVC, weil es so billig produziert werden kann, ein Massenprodukt. Es ist das Ergebnis betriebswirtschaftlicher und verfahrenstechnischer Überlegungen, an der Chlorchemie festzuhalten und sich Innovationen zu verschließen, denn warum soll man Millionen in die Entwicklung von Naturkunststoffen stecken, wenn man mit dem Uralkunststoff PVC

gutes Geld verdienen kann? So ist es nicht verwunderlich, dass eine einflussreiche PVC-Lobby in Politik und Wissenschaft es immer wieder schafft, die Gefahren klein zu reden bzw. zu schreiben. In der Vorlage wird ausgeführt, dass der Einsatz von recyceltem PVC bei der Neuproduktion bis zu 70% möglich sei und dass die abfallwirtschaftliche Relevanz heute eingebauter PVC erst in ca. 30-40 Jahren eintrete.

Wie, so frage ich Sie, soll in 30-40 Jahren das Alt-PVC recyclet werden, wenn es, und davon gehe ich aus, gar keine PVC-Produktion mehr gibt.

Chlorkohlenwasserstoffe natürlichen Ursprungs kommen in der Natur so gut wie nicht vor. Kein Wunder also auch, dass für den Abbau von CKW, die bis vor kurzem nicht existiert haben, keine natürlichen Mechanismen im evolutionären Prozess entwickelt wurden. Das erklärt auch eine hohe biologische Unverträglichkeit dieser Stoffklasse: Für Organismen ist der Umgang mit diesen Stoffen im Rahmen der Evolution nicht vorgesehen.

**Deshalb sollten solche Stoffe, wenn irgend möglich, nicht eingesetzt werden.**

**Die LINKE wird der Vorlage aus diesen Gründen nicht zustimmen.**

*(Gegen die Stimmen der LINKen und der Grünen ist die Vorlage von der Ratsmehrheit beschlossen worden.)*



1994 führte Greenpeace Wuppertal vor dem Rathaus eine Aktion gegen den Einbau von PVC-Fenstern durch. Foto: www.greenpeace.de/wuppertal

Entsorgung verursacht PVC eine Vielzahl von Umwelt- und Gesundheitsbelastungen: Chlorgas ist hochgiftig. Die PVC-Vorprodukte Ethylen-dichlorid (EDC) und Vinylchlorid (VC) sind stark gesundheitsschädliche Chemikalien, Vinylchlorid (VC) ist sogar erwiesenermaßen krebserregend für den Menschen. Bei der Produktion von EDC und VC fallen beträchtliche Mengen hochgiftiger dioxin-haltiger Abfälle sowie große Mengen an giftigen Abwässern an. Bei der Verbrennung von PVC entstehen unvermeidbar die hochgiftigen und krebserregenden Dioxine. Dies gilt auch für die Müllverbrennung. Im Brandfall verursacht PVC eine höhere Rauchdichte. Außerdem entstehen dabei ätzendes Chlorwasserstoff-Gas und Dioxine. PVC kann somit die Brandfolgen zusätzlich dramatisch verschlimmern.

# Weniger Gewerbesteuererinnahmen in Wuppertal entgegen dem Bundestrend

Nach einer Information vom Kämmerer Dr. Johannes Slawig im Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung nimmt die Stadt Wuppertal in diesem Jahr weniger Steuergeld ein als im Vorjahr. Das betrifft sowohl die Einkommens- als auch die Gewerbesteuer.

Diese Negativentwicklung entgegen dem Bundes- und Landestrend wirft die Frage auf, welche Ursachen in Wuppertal dafür benannt werden können. Mitte diesen Jahres wurde die Schering AG in Berlin von der Bayer AG gekauft. Da liegt doch die Vermutung nahe, dass

dieser Einkauf steuermindernd verbucht werden konnte, so dass die Kommune unter diesem Konzernzusammenschluss doppelt leidet. Zum einen nimmt die Stadt weniger Gewerbesteuer ein, und zum anderen hat sie die Folgen des Arbeitsplatzabbaus zu tragen.

# Meckern hilft!

## Brücke Emilienstraße bald wieder für Fußgänger frei

Ende Januar oder Anfang Februar soll die Brücke Emilienstraße nach neun überaus unangenehmen Monaten der Sperrung wieder durch Fußgänger begehbar sein.

Nachdem vor einem Jahr der Stadtrat die Brückensanierung beschlossen und nur die Linkspartei dagegen Protest eingelegt hatte, sollte die Sperrung zunächst von Mitte April 2006 bis Juli 2007 erfolgen.

Die Linkspartei informierte zunächst per Flugblatt die betroffenen Anwohner, von

denen einige sich selbst an die zuständigen Stellen wandten. Dies und zwei von unserer Fraktion initiierte Versammlungen vor Ort wurden offenbar als so unangenehm empfunden, dass auch die SPD, die vorher dort und im Rat den Bau abgenickt hatte, einen Antrag in die Bezirksvertretung einbrachte, den Brückenbau für die Anwohner erträglich zu gestalten. Die Brücke wurde schließlich drei Wochen später als geplant geschlossen und nun beinahe ein halbes Jahr früher wieder zugänglich sein.

Hoffentlich.

Wir trauern um den engagierten ehrenamtlichen  
Mitarbeiter unserer Fraktion

**Reinhard Link**  
geb. am 14. April 1955

der als parteiloses Ausschussmitglied die Belange  
der Bürgerinnen und Bürger seiner Stadt mit Nachdruck vertreten hat.  
Viel zu früh und viel zu plötzlich hat er uns verlassen.

Fraktion der offenen Liste der Linkspartei.PDS im Rat der Stadt Wuppertal  
Wuppertal, 4. Oktober 2006

## Rückblick

# Richard Paling (1901-1955) Ein vergessener Maler aus Wuppertal

Wenn man nicht diesen rigorosen und geradezu skrupellosen Willen zur Anpassung hatte wie etwa der Wuppertaler Bildhauer Arno Breker, dann war man als Künstler im Deutschland des 20. Jahrhunderts unter Umständen verloren. Zu einer „verlorenen Generation“ zählt denn auch die Kunstgeschichtsschreibung Maler wie den am 25.7.1901 in Barmen geborenen Richard Paling, der über große künstlerische Begabung verfügte, aber niemals zum Durchbruch kommen konnte. Ab 1918 besuchte er die

„Das Junge Rheinland“ seine Bilder zeigen. Von 1920 bis 1923 besuchte Paling die Kunstakademie in Düsseldorf. Dort freundete er sich mit Otto Pankok an. Es folgte 1923 ein Studienaufenthalt am Bauhaus in Weimar. Mit den „Wupperkreis“-Kollegen Kurt Nantke und Ferd Röntgen unternahm Paling 1925 eine Reise nach Italien, um dort zu malen; 1929 folgte eine Malreise in die Bretagne. 1922 heiratete Richard Paling. Zwei Jahre später

Leben für Richard Paling, aber auch für seine Wupperkreis-Kollegen, höchst problematisch. Die meisten konnten sich nur mit Mühe über Wasser halten, denn ihre Kunst wurde als entartet betrachtet. Richard Paling etwa musste Beiträge für den staatlichen Künstlerverband zahlen, bekam aber praktisch keine Aufträge mehr und vor allem nicht mehr die Möglichkeit auszustellen. 1936 durfte er einmal eine Betriebskantine ausmalen, was



dienst eingezogen. Er wurde als Wachsoldat und als Dolmetscher eingesetzt.

Währenddessen brannten beim Angriff auf Barmen Ende Mai 1943 seine Wohnung und sein Atelier vollständig ab.

Nach Kriegsende, von 1945 bis 1948, betrieb Paling im westfälischen Anröchte eine Töpferei,

die allerdings nach der Währungsreform schließen musste. In Anröchte hatte seine zweite Frau (die erste Ehe wurde 1934 geschieden) Verwandte. Danach versuchte Paling, wieder in seiner Heimat unterzukommen und lebte mangels einer eigenen Wohnung abwechselnd bei seinen Töchtern aus erster Ehe in Barmen und Schwelm. In dieser Zeit malte er auch wieder.

die allerdings nach der Währungsreform schließen musste. In Anröchte hatte seine zweite Frau (die erste Ehe wurde 1934 geschieden) Verwandte. Danach versuchte Paling, wieder in seiner Heimat unterzukommen und lebte mangels einer eigenen Wohnung abwechselnd bei seinen Töchtern aus erster Ehe in Barmen und Schwelm. In dieser Zeit malte er auch wieder.



Kunstgewerbeschule und bildete dort seit 1920 mit einigen Mitstudenten eine Malervereinigung, die seit 1928 als „Wupperkreis“ bekannt wurde. Bereits 1919 konnte er in Düsseldorf in der Ausstellung

wurde die erste Tochter Ursula geboren, 1928 die zweite mit Namen Veronika. Mit dem Regierungsantritt der Nazis wurde das

**46000 Wuppertaler leben von ALG II ...**

**Hartz IV Empfänger**

... das sind fast 13% der Bevölkerung  
Hartz IV schafft Armut statt Arbeit

**Die Fraktion DIE LINKE. fordert:**

- Reguläre Arbeitsplätze statt Ein-Euro-Jobs
- Keine Zwangsumzüge

**DIE LINKE.** im Rat

Die Linkspartei PDS-Fraktion  
Johannes-Rau-Platz 1, Zimmer 243/243  
42275 Wuppertal, Tel. 0202 563 6677  
E-Mail: ratsfraktion@pds-wuppertal.de

Ausstellung  
**Otto Pankok**  
(1893 - 1966)

Bekante und  
Unbekante aus  
dem Wuppertal

Portraitzeichnungen

27.11. - 22.12. 2006 im  
Lichthof des Rathauses

Am 30. Januar 1955 starb Richard Paling, nur 53 Jahre alt, an einem Herzleiden. Das Von der Heydt-Museum in Wuppertal besitzt noch einige Arbeiten Paling's, die allerdings nicht in der Dauer-ausstellung zu sehen sind.

## Impressum

Herausgegeben von der Fraktion der offenen Liste der Linkspartei. PDS im Rat der Stadt Wuppertal  
Rathaus, Joh.-Rau-Platz 1, 42275 Wuppertal,  
Tel. u. Fax: 0202 - 5636677  
E-mail: ratsfraktion@pds-wuppertal.de  
Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe: Ursula Albel, Elisabeth August, Elke von der Beeck, Dr. Wolfgang Fenner, Bettina Granitzki, Ulrich Heck, Gerd-Peter Zielezinski  
Druck: Druckservice HP Nacke KG, Wuppertal  
Auflage: 40000  
Redaktionsschluss: 22.11.2006